

Alexander Balthasar

(Wissenschaft von) Recht und Information – «an der Wurzel eins»?

Verengte Definitionen für «Recht» (als der Gesamtheit der Normen für menschliches Handeln) und für «Informatik» (als auf den elektronischen Modus bezogene Verarbeitungstechnik) verdunkeln grundlegende Gemeinsamkeiten, die – letztlich – «Recht» sogar als Teilmenge des Gegenstandes von «Informatik» (««Recht» = verbindliche Information») erscheinen lassen. Der Beitrag akzentuiert zunächst diese grundlegenden Gemeinsamkeiten und geht sodann auf jene Auswirkungen ein, die sich für beide Erkenntnisgegenstände (bzw deren Wissenschaften) aus dem in der betreffenden Gesellschaft (Lebenswelt) jeweils vorausgesetzten Begriff der «Wahrheit» ergeben.

Zitiervorschlag: Alexander Balthasar, (Wissenschaft von) Recht und Information – «an der Wurzel eins»? , in: Jusletter IT 22. Februar 2011

Inhaltsübersicht

1. Einleitung und Themenstellung
2. Die vorgefundenen Bezeichnungen
3. Erste Beobachtung
4. Informatik
5. Recht
6. Gemeinsamkeit und Differenz
7. Das Problem der Wahrheit⁴⁰
8. Habermas und Kant
9. Die radikale Skepsis
10. Die «Idee» der Wahrheit
11. Die Erkennbarkeit absoluter Wahrheit
12. Die Relativität der Wahrheitserkenntnis
13. Schluss
14. Literatur

1 Einleitung und Themenstellung

[Rz 1] Die Verbindung von «Recht» und «Informatik» – im Namen des vom Jubilar schon seit Jahren veranstalteten Symposions IRIS¹ sogar zu dem einen Begriff «Rechtsinformatik» zusammengezogen – hat, gerade in Österreich, bereits eine jahrzehntelange Tradition.² Soweit zu sehen, ging es bei dieser Verbindung ursprünglich vor allem um die Nutzung **elektronischer Mittel zur Steigerung der Transparenz der Darstellung des Rechts**³, in der Art etwa des vom Bund betriebenen «Rechtsinformationssystem»⁴, aber auch in Form der «Visualisierung»⁵. Mittlerweile scheint unter diesem Begriff aber zunehmend auch⁶ eine **Beschäftigung mit**

¹ Internationales Rechtsinformatik Symposium, welches heuer zum vierzehnten Mal stattfindet.

² Vgl etwa Lang/Bock, Wiener Beiträge; Winkler, Rechtstheorie und Rechtsinformatik.

³ Die Erleichterung des Zugangs zu rechtswissenschaftlicher Literatur, sei es über eine (in Österreich privat betriebene) «Rechtsdatenbank», zunehmend aber auch direkt über on-line-Journale bzw «open access» via Internet zu gedruckten Zeitschriftenbeiträgen oder gar ganzen Büchern, vermag zwar das Rechtsverständnis auch erheblich zu erleichtern, ist jedoch hier nicht gemeint.

⁴ Vgl § 6 BGBIG. Ein derartiges – Gesetzgebung (nicht nur als Wiedergabe der seinerzeitigen Publikation, sondern auch in konsolidierter Fassung, jedenfalls der jeweils aktuellen, jedoch auch mit historischer Dimension) und Rechtsprechung (aller Zweige, und zwar auch unterhalb der höchstgerichtlichen Ebene) integrierendes – System ist auch heute noch europaweit keineswegs selbstverständlich, obwohl es hier keineswegs nur um eine technische Spielerei bzw. um Luxus, sondern um die hochrangige rechtliche Problematik **zeitgemässer Gewährleistung des Zugangs zum Recht** – bedeutsam sowohl unter *demokratischem* wie unter *rechtsstaatlichem* Gesichtspunkt – geht.

⁵ Vgl zum gegenwärtigen Stand etwa Čyras, Klecatsky-FS, 139ff, die Beiträge auf der IRIS 2010 (Punkt 20 des Tagungsbandes, 541ff) oder <http://www.legalvisualization.com>.

⁶ Nur am Rande erwähnt sei die Einbeziehung auch des «Rechts der Informatik» – verstanden als Gesamtheit der rechtlichen Rahmenbedingungen für elektronische Tätigkeiten – wie etwa die

Prozessen der elektronischen Setzung von «Recht» – aller Stufen⁷ bzw Arten⁸ und aller Phasen⁹ – stattzufinden.¹⁰

[Rz 2] Dabei werden jedoch «Recht» und «Informatik» stets als zwei verschiedene Bereiche angesehen, *verbunden* lediglich in dem – freilich rasant zunehmenden – Ausmass, in dem sich «das Recht» der von «der Informatik» leistbare *technischen Unterstützung* bedient; ist damit aber tatsächlich das Reservoir an Gemeinsamkeit erschöpft oder lässt sich diese Verbindung nicht noch tiefer – grundsätzlicher, wesensmässiger – fassen?

[Rz 3] Ein derartiger – notwendigerweise skizzenartiger – Versuch soll im Folgenden – ausgehend von den (deutschen) *Bezeichnungen* der beiden hier einander gegenübergestellten (Erkenntnis-)Gegenstände¹¹ – unternommen werden.

[Rz 4] Dabei sei durchaus zugestanden, dass dieser Versuch bereits zu einem Zeitpunkt **relativer Schwäche «des Rechts»** – in dem seine Autorität gerade auch von Seiten der Informatik selbstbewusst (etwa mit dem Slogan, «**code is law** »¹²) herausgefordert bzw von

Beschäftigung mit «Urheberrecht», aber auch mit «Datenschutz», in den Begriff der «Rechtsinformatik».

⁷ Im Grundsatz kann auf elektronischem Wege sowohl ein Legislativ-Referendum (auch über die höchste Schicht der jeweiligen Rechtsordnung) wie auch eine Partizipation in einem auf die Erlassung eines individuellen Rechtsaktes fokussierten Verwaltungsverfahren abgewickelt werden.

⁸ Vgl die Begriffe «E-Demokratie», «E-Government», «E-Justiz», «E-Beschaffung», «E-Finanz», aber auch «E-Commerce» oder schlicht «E-Geld».

⁹ Der Einsatz von Elektronik ist sowohl am *Beginn* eines legislativen (vgl die Sammlung von Unterstützungserklärungen für eine «Europäische Bürgerinitiative» in einem «online-Sammelsystem») wie administrativen (etwa im Kontext des § 44c AVG) Prozesses wie an dessen *Ende* (vgl §§ 7ff BGBIG [dazu bereits krit *Wiederin*, Rechtsinformationssystem, 321ff], oder den dritten Abschnitt des ZustG), wohl aber – freilich nur nach Massgabe der technischen Möglichkeiten in Relation zur Komplexität des Gegenstandes – auch in den dazwischenliegenden Phasen (vgl, zur Problematik von Computerstrafverfügungen, bereits *Jablonek*, Imperativ, 92ff; siehe auch *Staufner*, virtuelle Hauptversammlung, deren Ausführungen ja im Prinzip auch auf parlamentarische oder diplomatische Rechtssetzung übertragbar wären) denkbar.

¹⁰ Vgl nur die entsprechenden «Workshops» der IRIS 2010.

¹¹ Wie bereits aus der Überschrift ersichtlich, ist das korrekte Pendant von «Recht» «Information», während der «Informatik» die «Rechtswissenschaft» korrespondiert. Dieser Unterschied wird hier jedoch, aus pragmatischen Gründen, gelegentlich etwas vernachlässigt.

¹² Gemeint ist «der von den Programmierern geschaffene Software-Code», der, *anstelle des Rechts, nunmehr* «die entscheidende, das Verhalten steuernde Norm» darstellen soll (vgl, mwNw in do FN 40, *Boehme-Nessler*, JRP 2009, 5). Freilich kann es dann auch geschehen, dass nahezu die gesamte Community der Programmierer von einem doch einmal ergehenden Rechtsspruch wie dem Urteil des dBVerfG vom 3.3.2009, 2BvC 3/07, zum Einsatz elektronischer Wahlmaschinen unangenehm überrascht –

den Folgen ihrer Anwendung in seinen Grundvoraussetzungen bedroht werden kann¹³ – unternommen wird.

[Rz 5] Andererseits: unterstreicht nicht gerade diese Rivalität noch die gerade geäußerte Vermutung unter der an der Oberfläche wahrnehmbaren Antagonistik bestehender *grundlegender Gemeinsamkeit* ?

2 Die vorgefundenen Bezeichnungen

3 Erste Beobachtung

[Rz 6] Zum Einstieg sei die Merkwürdigkeit konstatiert, dass jedenfalls im Deutschen *beide* Wissenschaften sich selbst (im Falle der Informatik) bzw ihren Gegenstand (im Falle der Rechtswissenschaft) lediglich mittels eines **Adjektivs** («informaticus, -a, -um» bzw «recht») bezeichnen, was naturgemäss den Gegenstand selbst *weniger präzise* als ein Substantiv beschreibt und vielleicht schon von daher eine gewisse Unsicherheit hinsichtlich der zu bezeichnenden Substanz indiziert.

4 Informatik

[Rz 7] Für den Begriff «Informatik» ist wohl sprachlich der Begriff «Mathematik» vorbildhaft gewesen, auch dieser ursprünglich sichtlich ein Adjektiv. Während sich an diesem («mathematicus, -a, -um») aber immerhin noch klar die Ableitung vom griechischen Substantiv «*mathemata*» – und damit einen Bezug zu präzisiertem, *diesem* Wissen – erkennen lässt (womit auch die prima facie gegebene semantische Leere des blossen Attributs insofern aufgefangen wird, als mit dem jeweils Gegebenen «sicheren Wissens» auch die Frage nach dem, *wovon* etwas in concreto sicher gewusst werde, jeweils eo ipso beantwortet ist), verweist der dem Adjektiv «informaticus» korrespondierende lateinische Begriff «informatio» zunächst einmal lediglich auf den **Vorgang einer Formung** , ohne dass deshalb bereits evident wäre, **welcher Stoff in welche Form gebracht werden**

zu einem veritablen «Paradigmenwechsel» (cit *Prosser* , Ruling, 18; zu dessen Ausmass, einer veritablen Kapitulation vor den aus technischer Sicht als unerfüllbar eingestuften rechtlichen Anforderungen, siehe etwa *Richter/Langer/Hupf/Volkamer/Buchmann* , Verifizierbarkeit, 63, 66) gezwungen – wird.

¹³ *Boehme-Nessler* , ZÖR 2009, 148, benennt als zentrale Eigenschaften der «Digitalisierung» «Allgegenwart und Entgrenzung» und sieht daher im – «grundsätzlich begrenzend[en] und begrenz[en]» – «Recht» «das extreme Gegenmodell».

solle.

[Rz 8] Allerdings verwenden wir in unseren modernen Sprachen mittlerweile den Begriff «Information» keineswegs mehr zur Beschreibung der Formung irgendeines Stoffes in irgendeine Form, sondern für ein **ganz spezifisches Produkt** , nämlich für eine bestimmte, abgegrenzte Portion «Wissen» (*keineswegs nur «sicherer» Qualität*); *freilich scheint man von «Information» dennoch nur dann zu sprechen, wenn es darum geht, dass die betreffende Portion «Wissen» (wofür man durchaus auch die Begriffe «Geist», «Sinn», «Bedeutung», ja «logos», einsetzen kann) schliesslich vom Urheber irgendwohinwegtransferiert werden, also ein spezifischer Formungsvorgang zum endlichen Zwecke der externen Kommunikation stattfinden soll ; dies schliesst freilich vorgängige interne Prozesse der Speicherung, vor allem aber der Verarbeitung , nicht aus.*

[Rz 9] Historisch hat nun die «Informatik» sich keineswegs mit sämtlichen denkbaren derartigen Formungsvorgängen befasst, sondern lediglich mit jenen, die sich einer (damals) neuen Technologie, der Automatisierung des Empfangs, der Verarbeitung und der Übermittlung von Information durch Computer, bedienten. Demgemäss lässt sich heute eine engere Auffassung von «Informatik» – bei der die Bindung an den *elektronischen Modus* eine wesentliche, ab- bzw eingrenzende Rolle spielt – und eine weitere, *modusneutrale* , unterscheiden.¹⁴ Diese **Zweiglidrigkeit** teilt die Informatik übrigens mit ihrem Schatten, dem ursprünglich geradewegs zur Abwehr nur der besonderen, von der automationsunterstützten Datenverarbeitung ausgehenden Gefahren entwickelten, mittlerweile aber auch ausserhalb Österreichs in gleicher Weise auch «konventionelle» Daten einbeziehenden «Datenschutz».¹⁵

[Rz 10] Dieser im «Datenschutz» tragende – und, nach dem Gesagten, den Begriff der «Information» spiegelnde – Begriff eines «Datum» – in § 4 Z 1 DSGVO übersetzend definiert als «Angabe» – bestätigt im übrigen den obigen angeführten Befund, insofern, als ja auch sowohl der passivische Ausdruck des «Gegebenen» wie der aktivische einer «Angabe» semantisch eine *kommunikative Dimension* voraussetzen, nämlich zumindest einen «Geber» und einen «Empfänger» der be-

¹⁴ Siehe näher *Rechenberg* , Informatik Spektrum 2010, 54ff, der selbst dezidiert für die (Rückkehr zur) engere(n) Auffassung plädiert, als Vertreter der weiteren Auffassung aber etwa auf *Dijkstra* verweist.

¹⁵ Vgl nunmehr vor allem Art 8 EUChGR (zu dessen Daten-Begriff siehe etwa *Bernsdorff* , Art 8, Rz 16).

treffenden «Angabe» (des «Datum»).¹⁶

[Rz 11] Als erstes Resultat lässt sich also wohl festhalten:

[Rz 12] «Informatik» beschäftigt sich mit der **Formung von** (zumindest im Grundsatz bereits vorhandenem) «**Wissen**» – ohne Restriktion auf mit Prädikaten wie «sicher», «wahr» oder «gut» versehene Mengen, ja sogar unter Abstandnahme von einer derartigen Bewertung – zum **Zwecke seiner Kommunikation** ; eine Einschränkung auf den Modus elektronischer Kommunikation mag sich – aus historischen oder sonstigen – Rücksichten empfehlen, ist aber nicht zwingend, etwa aus der Natur der Sache heraus, erforderlich.

5 Recht

[Rz 13] Der deutsche Begriff «recht»¹⁷ beinhaltet zunächst einmal nichts anderes als ein – positives – **Urteil** betreffend **Übereinstimmung** (Identität) eines bestimmten, konkreten Sachverhaltes mit einem allgemeinen Massstab; beigefügt wird das Attribut «recht» allerdings nicht dem Massstab, sondern dem **konkreten Sachverhalt** .¹⁸

[Rz 14] **Vorausgesetzt** ist dabei naturgemäss die in concreto gegebene **Relevanz des herangezogenen Massstabes**

(der «Norm» im ursprünglichen Sinne). Liegt die Relevanz in der (unterstellten) realen Existenz der Norm, dann **impliziert** das unmittelbar lediglich in Bezug auf den beurteilten Sachverhalt getroffene Identitätsurteil zugleich auch, in Bezug auf den angewandten Massstab, ein – positives – **Existenz** urteil. Liegt die Relevanz allerdings – alternativ¹⁹ oder kumulativ²⁰ – in der positiven Bewertung des Massstabes, dann impliziert das besagte Identitätsurteil zugleich auch, in Bezug auf den angewandten Massstab, ein – positives – **Qualitäts** urteil.

[Rz 15] Ein Urteil ist aber wiederum, seiner Struktur nach, eine **Aussage** ; eine Aussage freilich, die einen spezifischen **Anspruch** erhebt, nämlich den, «**wahr** »²¹ zu sein, dh zu «**gelten** ». Eben diese Struktur ist nun auch durch die **Substantivierung** des ursprünglichen Attributes «recht» in «Recht» – und ihre dabei erfolgte **Übertragung auf den allgemeinen Massstab** , statt auf den konkreten Sachverhalt²² , dh auf den zuvor lediglich implizit erfassten Bereich – nicht verlorengegangen; mit anderen Worten:

[Rz 16] Eine Norm²³ , die «gelten» soll, stellt damit **eo ipso** zumindest den **Anspruch** , dass die **Aussage** , die **betreffende Norm existiere** bzw sei «**gut** »²⁴ , **zutreffe** . In diesem Sinne hat bereits 1934 **K. Menger** , wenngleich zu «Moralsystemen», ausgeführt:

¹⁶ Dieser an sich basale Sachverhalt wird im Datenschutz etwas dadurch verdunkelt, dass dieser von vorneherein nur «personenbezogene» Daten schützt, also solche Daten, die aufgrund ihres Inhaltes auf eine bestimmte, in aller Regel von den Partnern der Kommunikation verschiedene Person bezogen sind. Aufgrund dieses primären Zwecks greift der Datenschutz dann aber auch bereits bei der blossen «Verarbeitung», also ohne eigentliche Kommunikation. Allerdings müssen sich ja auch diese «personenbezogenen» Daten irgendwann einmal von der betreffenden Person abgelöst haben; fasst man diesen Ablösevorgang aber gleichfalls als einen Kommunikationsvorgang (zwischen der betroffenen Person und dem ersten Empfänger) auf, dann verschwindet die gerade konstatierte strukturelle Abweichung.

¹⁷ Natürlich trifft zu, dass für denselben Gegenstand in anderen Sprachen andere Bezeichnungen gebraucht werden bzw wurden, die andere Aspekte akzentuieren. So dürfte – um nur das Lateinische zu nennen – «ius» den modus des «iurare» betonen, «lex» dagegen jenen des «Sprechaktes». Daraus lässt sich aber nicht schliessen, dass die vielleicht gerade nur im deutschen **Begriff zu Tage getretene Einsicht** (vgl allgemein zu dieser Funktion der Sprache etwa **Habermas** , Einheit der Vernunft, 174 [Hvm], wonach der «linguistischen Wende» ua die – sichtlich auch von ihm selbst geteilte – Überzeugung zugrundegelegt sei, «**die Sprache** » bilde «**das Medium für die geschichtlich-kulturellen Verkörperungen des menschlichen Geistes** », weshalb «eine methodisch zuverlässige Analyse der Tätigkeit des Geistes, statt an Bewusstseinsphänomenen unmittelbar, an dessen sprachlichen Ausdrücken anzusetzen habe») nicht von allgemeiner sachlicher Relevanz wäre.

¹⁸ An diesem Befund ändert sich nichts, wenn man «recht» von «richtig», dh mit der (von wem immer, vgl aber lateinisch «rex») angezeigten «Richtung» übereinstimmend, ableitet.

¹⁹ Wird Billigung für **einnicht** zugleich auch aktuell positives «Recht» gefordert, so birgt dies erhebliches **revolutionäres Potential** , zumal das «Gute» in aller Regel zur Verwirklichung drängt, während ja eben durch die genannte Forderung dem «nur» positiven Recht der Schutz der (selbst freiwilligen) Billigung entzogen werden soll.

²⁰ Die Verbindlichkeit, einen bestimmten normativen Inhalt nicht nur als existent zu akzeptieren, sondern **auch zubilligen** , erfasst den einzelnen Normunterworfenen insoweit **total** , da diesem insoweit keinerlei Distanzierung mehr offensteht.

²¹ Psychologisch interessant ist, dass **Kant** die «Wahrheit» (in Gestalt der Pilatus-Frage) zwar **assoziativ** bei der Frage nach dem Wesen des Rechts in den Sinn kam (Rechtslehre, 229), er in diese Richtung dann **aber gerade nicht** weiterdachte.

²² In diesem Sinne ist «Recht» die **Gesamtheit jener Normen** , die bei der **Beurteilung, ob der konkrete Sachverhalt «recht»** sei, heranzuziehen sind.

²³ In einer gestuften Rechtsordnung ist allerdings zu modifizieren: zum einen dahin, dass dauerhafte Geltung einer niederrangigen Norm unter dem Vorbehalt nachfolgender Nichtaufhebung in einem Normenkontrollverfahren steht, zum andern aber, im komplementären Umfang, dahin, dass die Geltung einer höherrangigen Norm für die Dauer der Geltung einer mit ihr in Widerspruch stehenden niedrigeren Norm überlagert wird.

²⁴ Dies ist wohl der Fall bei **Kants** berühmter Definition, wonach «das Recht . . . der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann», sei (Rechtslehre, 230). Denn **Kant** handelt ja – wie er nur wenige Sätze zuvor klarstellt (aaO, 229) – gerade nicht vom jeweiligen positiven Recht («was die Gesetze an einem gewissen Ort und zu einer gewissen Zeit sagen oder gesagt haben»), sondern von dem, was unabhängig davon «iustum» bzw «iniustum» sei.

[Rz 17] Die besondere Pointe eines solchen Wahrheits- (Existenzial- bzw Wert-) Urteils liegt freilich in seiner *gegebenenfalls auch klarenkontrafaktischen Verbindlichkeit* , mit anderen Worten:

[Rz 18] Geradewegs im Umfange der **normativen «Geltung»** der betreffenden «Aussage» beansprucht diese (bzw, für diese, deren «Sender» oder «Autor» bzw ihr Erscheinungsmedium, die «Norm») schlicht, vom Kommunikationspartner (dem «Adressaten» bzw «Empfänger») **ohne weiteres** – auch **entgegen jedweder** allfällig gegenläufigen eigenen **Evidenz** – für «wahr» gehalten zu werden bzw, zumindest, dass die Normadressaten in ihrem *äusseren* , rechtserheblichen *Verhalten so tun, als ob* sie die betreffende Aussage für wahr hielten.²⁵

[Rz 19] Wenn die weitverbreitete Rede vom «Sollen» in Zusammenhang mit Normen²⁶ daher überhaupt einen Sinn hat, dann offenbar eben diesen:

[Rz 20] Ganz *unabhängig von der Struktur des spezifischen «normativen Inhalts»* – der «Sollens»-Gebote in der Art des Dekalogs, also ethische Normen, beinhalten *kann* , aber *keineswegs muss* , sondern *insbesondere auch eo ipso gültige institutionelle Normen umfasst – gibt jede einzelne Norm, umso mehr aber ein Gefüge vieler Normen, mit Geltungsanspruch den Adressaten-Aussagen vor , die diese (zumindest pro foro externo) für «wahr» halten «sollen» . Oder, ganz kurz:*

[Rz 21] Die (über blosser, unverbindliche Deskription hinausreichende) Präskriptivität des Rechts liegt weder im Inhalt, noch in der Form der je einzelnen Normen oder ganzer Normensysteme, sondern – **ganz abstrakt** – in seinem **Anspruch** , die **Wahrnehmung der massgeblichen Wirklichkeit** (allenfalls, alternativ oder kumulativ, die massgebliche **Werteordnung**) im Umfang seiner Geltung **authentisch zu definieren** .²⁷

6 Gemeinsamkeit und Differenz

[Rz 22] Was hat nun die gerade in den Punkten 2.2. und 2.3. angestellte Analyse erbracht?

[Rz 23] Zunächst einmal ist sichtbar geworden, dass es sowohl «Informatik» wie «Rechtswissenschaft» im Kern mit **demselben Gegenstand** – «Information» bzw «Aus-

sagen», also jeweils zur Kommunikation bestimmten geistigen Sachverhalten *als solchen* – zu tun haben; der Unterschied liegt nicht hier, in der Substanz, sondern 6mm

einmal in der traditionellen Fokussierung der «Informatik» auf den Modus *elektronischer* Kommunikation, zum andern in der *Verbindlichkeit* rechtlicher Information.

[Rz 24] Sieht man nun von der auf der grundsätzlichen Ebene nicht zwingenden Engführung des Begriffes «Informatik» ab, dann lassen sich Identität wie Differenz von «Recht» und dem Gegenstand der «Informatik» formelmässig wie folgt bestimmen: **«Recht» = verbindliche «Information»**.

7 Das Problem der Wahrheit⁴⁰

[Rz 25] In Punkt 2.3. wurde ein *wesensnotwendiger* Zusammenhang zwischen «Recht» und «Wahrheit» sichtbar; von welcher Art von «Wahrheit» ist aber hier die Rede?

8 Habermas und Kant

[Rz 26] *Habermas* hat 1973²⁸ gemeint:

[Rz 27] *Kant* hat allerdings seinerseits bekanntlich eben das von *Habermas* im Kontext der «Grundnormen *vernünftiger Rede* » angesprochene «Faktum der Vernunft» – die Grundlage des ganzen Sittengesetzes! – ausgerechnet mit einem *Juvenal* -Zitat (Satiren, VI, 223) illustriert²⁹ , das, in Langform, lautet:

[Rz 28] Wurzelt also letztlich die ohnehin «höchst unnatürliche Idee der Wahrheit», einschliesslich des Ideals «vernünftiger Rede», ihrerseits, paradoxerweise, *stets* in blanker – und (bedenkt man den originalen Kontext dieses Zitats) höchst unvernünftiger – Dezision?

9 Die radikale Skepsis

[Rz 29] Es ist nicht zu verkennen, dass eine derartige – radikal skeptische – Position *sowohl* für Informatiker *wie* für Juristen durchaus sehr bequem handhabbar wäre:

[Rz 30] Denn wenn letzter Geltungsgrund der «Wahr-

²⁵ Dies ist, nach *Kant* (Rechtslehre, 219), das Wesen der «Legalität» (im Unterschied zur «Moralität»).

²⁶ Vgl, neben *Kelsen* , Reine Rechtslehre², 4ff, Allgemeine Theorie, 2f, nur etwa *Alexy* , Theorie, 42ff.

²⁷ In *Harts* «rule of recognition» mag man, so man diesen Ausdruck als «**Er** kenntnisregel» übersetzt (vgl *Schnizer* , Ringhofer-GS, 150ff), diese Sicht bereits angelegt finden.

²⁸ Erkenntnis und Interesse. Nachwort, 416 (kursive HiO).

²⁹ Kritik der praktischen Vernunft, 56.

heit» einer Aussage stets lediglich *irgendeine* «voluntas» sein sollte, dann minderte sich zunächst einmal für den Juristen die oben hervorgehobene Pointe «kontrafaktischer Verbindlichkeit» des Rechts zu einer blossen Machtfrage, wer wem seine – objektiv freilich *gleich belanglose* – Redeweise zu überbinden im Stande sei.

[Rz 31] In weiterer Folge gäbe es aber auch für den Informatiker keinerlei «idealen» Grund, gegen allenfalls auch ein Monopol der Verarbeitung lediglich der jeweils «herrschenden Information» zu opponieren (sondern allenfalls den, dass ohne eine derartige Restriktion mehr verarbeitbares Material – und, demgemäss, mehr «materielles» Auskommen – zur Verfügung stünde).

10 Die «Idee» der Wahrheit

[Rz 32] In dem Augenblick freilich, in dem eine inhaltlich über die gerade in Punkt 3.2. beschriebene Position der Subjektivität bzw. Beliebigkeit hinausreichende «Idee der Wahrheit» – wohl nur scheinbar gänzlich «unnatürlich»³⁰ – innerhalb einer bestimmten Gemeinschaft akzeptiert wird, treten Spannungen – aber auch spannende Perspektiven – auf:

11 Die Erkennbarkeit absoluter Wahrheit

[Rz 33] Werden nicht nur die Existenz, sondern auch die vollständige Erkennbarkeit «objektiver» bzw. absoluter – weil vollständig losgelöst von individuellen Befindlichkeiten gültiger, und demnach überdies «sicherer» – Wahrheiten angenommen, so liegt der Hauptunterschied zu dem gerade in Punkt 3.2. geschilderten Szenario in dem erheblich **höheren emotionalen Engagement** (also dem genauen Gegenteil zur skeptischen «ataraxia»), das – positiv wie negativ – der jeweils, auf der Grundlage solcher Erkenntnis, für verbindlich erklärten «Wahrheit» entgegengebracht wird. Daraus ergeben sich im Falle eines Dissenses letztlich – für Informatiker wie für Juristen *gleichermassen* – erhebliche Gefahrenpotentiale, zunächst, was die Möglichkeit der Beschäftigung mit bestimmter Information als solche anlangt, in weiterer Folge aber auch bis hin zur Gefährdung der physischen

³⁰ Ohne eine solche zumindest regulative «Idee der Wahrheit» wäre ja nicht einmal der in Punkt 3.2. angesprochene Machtkampf führbar, setzt dieser doch letztlich ein Einverständnis der Kontrahenten über das Ergebnis ebenso wie über den Inhalt der nunmehr dem einen vom andern verbindlich vorgegebenen »Redeweise« voraus.

Existenz.

12 Die Relativität der Wahrheits-erkenntnis

[Rz 34] Wird dagegen zwar einerseits an der grundsätzlichen Existenz objektiver Wahrheit – und damit, in rechtlichem Kontext, *letztlich* an «veritas non auctoritas facit legem»³¹ – festgehalten, andererseits jedoch deren vollständige subjektive Erkennbarkeit nicht angenommen, dann (erst) wächst der **intersubjektiven Verständigung** vieler derartiger (epistemischer) «Mängelwesen»³² über deren jeweilige unvollständige (relative, subjektive) Perspektiven – also, mit *Habermas*, der (möglichst) «vernünftigen Rede» innerhalb einer (möglichst) idealen «Kommunikationsgemeinschaft» bzw. in späterer Formulierung, «einer politisch funktionierenden Öffentlichkeit»³³ – **zentrale** Bedeutung zu.

[Rz 35] Diese intersubjektive Verständigung ist diesfalls gerade auch darüber nötig, **welche** «Information» in einem bestimmten (zeitlichen, örtlichen, persönlichen, sachlichen) Bereich **aus welchen Gründen gerade in der für das «Recht» typischen Weise als verbindlich ausgezeichnet werden solle. Zugleich bewirkt aber gerade die Einsicht in die, als Grundlage dieser Auszeichnung, den jeweiligen Akteuren jeweils nur erreichbar gewesene Relativität der «Wahrheit» eine jedenfalls erheblich grössere Bereitschaft zur zumindest periodischen Revision der Vergabe dieser Auszeichnung, also einen Rückgang der Intensität dieser Verbindlichkeit.**

[Rz 36] Beide Arten der Kommunikationsprozesse – jener der erstmaligen *Erzeugung* einer (jeweils nur relativen) rechtlichen Wahrheit, also einer Norm, wie jener der nachfolgenden *Revisionen* – stellen, zumal unter den quantitativ wie qualitativ erheblichen Anforderungen der – einander wechselseitig fördernden – «Digitalisierung» und «Globalisierung»³⁴, erhebliche Herausforderungen

³¹ Eben diese «Umkehrung des Hobbesschen Satzes» benennt *Habermas* (Strukturwandel, 153) *ausdrücklich* als Kennzeichnung der «Herrschaft der Öffentlichkeit», in der «das öffentliche Raisonement der Privatleute überzeugend den Charakter einer gewaltlosen Ermittlung des zugleich Richtigen und Wahren behauptet», was wiederum Quintessenz der «bürgerlichen Idee vom Gesetzesstaat» sei (aaO, 152).

³² So, im hier in Rede stehenden Kontext, ausdrücklich (in evidentem Anschluss an *Gehlen* und *Herder*) *Forst*, Rechtfertigung, 9.

³³ Strukturwandel, 153.

³⁴ Zur Förderung der «Globalisierung» durch «Digitalisierung» siehe *Boehme-Nessler*, ZÖR 2009, 159f; umgekehrt zeigt sich zunehmend, dass gewohnte demokratische wie rechtsstaatli-

dar, und zwar wiederum letztlich an den Juristen wie an den Informatikergleichermassen .

13 Schluss

[Rz 37] Die bisherigen Ausführungen scheinen die einleitende Ahnung «grundlegender Gemeinsamkeit» schon allgemein zumindest nicht entkräftet zu haben; gerade unter dem Paradigma «relativer Wahrheit» (Punkt 3.3.2.) dürfte sich diese Gemeinsamkeit aber als sowohl besonders fruchtbar wie als besonders notwendig erweisen.

14 Literatur

Alexy, Theorie der Grundrechte (1984) *Bernsdorff* , Glos-
sen a) zu Art 8 und b) zu Art 11, in: *Meyer* (Hrsg), Charta
der Grundrechte der Europäischen Union² (2006) *Boehme-
Nessler* , Relativierung des Rechts durch Digitalisie-
rung. Anmerkungen zur Theorie des Rechts in der
digitalen Welt, JRP 2009, 1ff *Boehme-Nessler* , Das
Ende des Staates? Zu den Auswirkungen der Digita-
lisierung auf den Staat, ZÖR 2009, 145ff *Brunkhorst* ,
Düstere Aussichten – Die Zukunft der Demokratie in der
Weltgesellschaft, Kritische Justiz 2010/1, 13ff *Čyras* ,
A Landscape of Legal Teleology: Formalization through
Visualization, in: *Matscher/Pernthaler/Raffiner* (Hrsg),
Ein Leben für Recht und Gerechtigkeit (= 3. Klecatsky-
FS) (2010), 139ff *Czaniera*, Analytische Moralphiloso-
phie vom Wiener Kreis bis heute, in: *K. Menger* , Moral,
Wille und Weltgestaltung (siehe dort), 7ff *Detel*, Kom-
mentar, in: *Aristoteles* , Metaphysik. Bücher VI und VII
(griechisch-deutsch, ed *Detel* , 2009), 141ff *Fassrainer/Müller-
Török*, Der Wahrheitsbegriff der Rechtswissenschaften
im Lichte der Philosophie, in: *Schweighofer/Geist/Staufer*
, IRIS 2010, 535ff *Forst* , Das Recht auf Rechtferti-
gung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der
Gerechtigkeit (2007) *Grimm* , Die Zukunft der Verfas-
sung, in: *Preuss* (Hrsg), Vom Begriff der Verfassung.
Die Ordnung des Politischen (1994), 277ff *Habermas*
, Über den Begriff der politischen Beteiligung, in: *Ders*
, Arbeit, Erkenntnis, Fortschritt. Aufsätze 1954-1970
(1970), 258ff *Habermas* , Erkenntnis und Interesse. Mit
dem Nachwort von 1973 (1973) *Habermas* , Struktur-
wandel der Öffentlichkeit (1990) *Habermas* , Die Ein-
heit der Vernunft in der Vielfalt ihrer Stimmen, in: *Ders*

, Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Auf-
sätze² (1997), 153ff *Hong* , Democracy's Twin Chal-
lenges: Hans Kelsen and the Problem of Extremist
Speech, icl-journal 2010, 37ff *Jablonek* , Kein Imperativ
ohne Imperator. Anmerkungen zu einer These *Kelsens*
, in: *Walter* (Hrsg), Untersuchungen zur Reinen Rechts-
lehre II (1988), 75ff *Jellinek* , Allgemeine Staatslehre³
(7. Neudruck, 1960) *Kant* , Kritik der praktischen Ver-
nunft (ed *Brandt/Klemme* , 2003, Seitenzahlen nach
der ersten Auflage [1788]) *Kant* , Metaphysische An-
fangsgründe der Rechtslehre (ed *Ludwig* , 2009) *Kelsen*
, Reine Rechtslehre (11934, 21960) *Kelsen* , Allgemeine
Theorie der Normen (ed *Ringhofer/Walter* , 1979) *Kel-
sen/Fröhlich/Merkl*, Die Bundesverfassung vom 1. Okto-
ber 1920 (1922) *Lachmayer* , Struktur der Rechtsinsti-
tution, in: *Winkler* , Rechtstheorie (siehe dort), 102ff *Lang/Bock*
(Hrsg), Wiener Beiträge zur elektronischen Erschlies-
sung der Information im Recht (1973) *Mahlmann* , Ratio-
nalismus in der praktischen Theorie. Normentheorie und
praktische Kompetenz² (2009) *K. Menger* , Moral, Wille
und Weltgestaltung. Grundlegung zur Logik der Sitten
([1934], neu hrsg von *Czaniera* , 1997) *Patton* , After the
Linguistic Turn: Post-Structuralist and Liberal Pragmatist
Political Theory, in: *Dryzek/Honig/Phillips* (ed), The Ox-
ford Handbook of Political Theory (2006), 125ff *Prosser*
, The Ruling of the Federal Constitutional Court on Evo-
lving and its Technical Consequences for Internet Voting,
in: *Prosser/Parycek* (eds), EDEM 2009 – Conference
on Electronic Democracy 2009, Proceedings (2009),
17ff *Raz* , Praktische Gründe und Normen (dt Überset-
zung, 2006) *Rechenberg* , Was ist Informatik?, Informatik
Spektrum 2010, 54ff *Richter/Langer/Hupf/Volkamer/Buchmann*
, Verifizierbarkeit und Öffentlichkeitsgrundsatz bei elek-
tronischen Wahlen, in: *Schweighofer/Geist/Staufer* , IRIS
2010, 95ff *Schnizer*, Ein Stück Papier und was uns daran
zu denken gibt, in: *Walter/Jablonek* (Hrsg), Strukturpro-
bleme des öffentlichen Rechts (= Ringhofer-GS) (1995),
19ff *Schweighofer/Geist/Staufer* (Hrsg), Globale Sicher-
heit und proaktiver Staat – Die Rolle der Rechtsinfor-
matik. Tagungsband des 13. Internationalen Rechtsinfor-
matik Symposions IRIS 2010 (2010) *Staufer* , Die «vir-
tuelle Hauptversammlung» – Zukunftsversion oder bald
Realität?, in: *Schweighofer/Geist/Staufer* , IRIS 2010,
237ff *Vidmar*, Multiparty Democracy: International and
European Human Rights Law Perspectives, LJIL 2010,
209ff *Wiederin* , Souverän ist, wer über das Rechtsinfor-
mationssystem verfügt, in: *Schweighofer, Erich* (Hrsg.):
Effizienz von e-Lösungen in Staat und Gesellschaft :
aktuelle Fragen der Rechtsinformatik ; Tagungsband
des 8. Internationalen Rechtsinformatik-Symposions

che Standards in globalisierten Bezügen anders als im digitalen
Modus gar nicht mehr einhaltbar sind.

IRIS 2005. *Winkler* (Red), Rechtstheorie und Rechtsinformatik Voraussetzungen und Möglichkeiten formaler Erkenntnis des Rechts (1975) *Zekl* , Einleitung des Herausgebers, in: Aristoteles, Erste Analytik. Zweite Analytik (griechisch-deutsch; ed *Zekl* , 1998), IXff

Alexander Balthasar, Ministerialrat im Bundeskanzleramt/Präsidium, Sektionsleitung (zuständig für grundsätzliche Rechtsfragen), Ballhausplatz 2, 1014 Wien, AT.alexander.balthasar@bka.gv.at
